

Alternativer STADTKURIER

Informationen für die Stadt Zerbst/Anhalt
und ihre Ortschaften

Ausgabe 1 • Mai 2024 • Kostenlos an die Haushalte in Zerbst/Anhalt

Seite 1

ZERBST WÄHLT BLAU

Kommunalwahl am 9. Juni: Kandidaten und Programm der AfD für die Stadtrats- und die Kreistagswahl finden Sie auf Seite 3 und 4.



Außerdem in dieser Ausgabe:



INTERVIEW:

Lesen Sie unser Gespräch mit dem Spitzenkandidaten der AfD für den Stadtrat Zerbst und den Kreistag, Dirk Tischmeier, auf Seite 5/6.



EINSPRUCH UND KLAGE:

Wie es weitergeht nach der Oberbürgermeisterwahl im letzten Jahr in Bitterfeld-Wolfen lesen Sie auf Seite 9.



INTERVIEW:

Ein Gespräch mit dem ersten hauptamtlichen Bürgermeister der AfD, Hannes Loth aus Retzau in Raguhn-Jeßnitz, auf Seite 10.

Inhalt – Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Vorwort	2
Grußwort	2
Impressum	2
Unsere Kandidaten für den Stadtrat und die Ortschaftsräte	3
Unser Programm zur Kommunalwahl	4
Interview mit dem Spitzen- kandidaten für Zerbst	5
BIG-Hotel für Flüchtlinge?	7
Arbeitspflicht für Asylbewerber	7
Bargeld ist Freiheit!	8
Oberbürgermeisterwahl in Bitterfeld-Wolfen: Einspruch und Klage	9
Interview mit Hannes Loth	10
SPD: Was sie sagen und was sie (stattdessen) tun	12
Kontakt	12

Impressum:

Alternativer Stadtkurier
Ausgabe 1 (Zerbst), Mai 2024

Herausgeber (V.i.S.d.P.): Kreisverband
der AfD (Alternative für Deutschland)
Anhalt-Bitterfeld, Vorsitzender: Daniel Roi,
Binnengärtenstraße 9, 06749 Bitterfeld

1. Auflage: 7.000 Stück

Bilder: iStock/NataKor (Seite 8); skynesher/
iStock (Seite 12); alle anderen: AfD-Kreisver-
band Anhalt-Bitterfeld und privat

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leser in Zerbst,

die Kommunalwahl 2024 steht kurz bevor – am 9. Juni wählen Sie den Stadtrat, den Stadtrat Zerbst und Ihren Ortschaftsrat neu für die nächsten fünf Jahre. Es könnten entscheidende Jahre sein für uns, für unser Land und unsere Städte und Gemeinden in Anhalt-Bitterfeld. Daher haben wir – der Kreisverband der AfD – uns entschieden, mit dieser Zeitung, dem „Alternativen StadtKurier“, einen Kommunikationskanal zu schaffen, der Sie ungefiltert über Themen informiert, die Sie so nicht in den öffentlich-rechtlichen Medien oder den großen und regionalen Zeitungen finden.

Außerdem lernen Sie unser Kommunalprogramm in Auszügen kennen und erfahren, wer die Zerbster Kandidaten für den Stadtrat und den Kreistag sind.

Neben diesen Themen für Zerbst haben wir für Sie auch ein Interview mit dem

ersten hauptamtlichen Bürgermeister der AfD, Hannes Loth aus Raguhn-Jeßnitz, geführt, der in seiner Stadt bereits wenige Monate nach Amtsantritt wichtige Erfolge zu vermelden hat – entgegen dem, was die Presse über ihn geschrieben hat.

Ein weiteres Thema ist der Stand der Dinge bei dem Einspruch gegen die mutmaßlich unsauber abgelaufene Wahl um das Amt des Oberbürgermeisters in Bitterfeld-Wolfen. Natürlich lassen wir uns einen möglichen Wahlsieg nicht nehmen und werden alle nötigen Schritte gehen, die notwendig sind, bis ein Gericht angesichts vieler Ungereimtheiten darüber entscheiden wird, ob die Wahl wiederholt werden muss.

Ich wünsche Ihnen viel Erkenntnisgewinn beim Lesen!

Ihr Daniel Roi MdL
Vorsitzender des
Kreisverbandes



Grußwort des Fraktions- und Ortsgruppenvorsitzenden

Liebe Bürger der Stadt Zerbst,

zunächst einmal möchte ich mich für Ihre Unterstützung im laufenden Wahlkampf bedanken! Bei den zahlreichen Veranstaltungen und Kundgebungen in den vergangenen Wochen sowie an unseren Info-Ständen konnten wir einen enormen Zuspruch verzeichnen, der uns natürlich gut tut. Auch in unserem AfD-Bürgerbüro in Zerbst (Fritz-Brandt-Straße 14) konnten wir, die jetzigen Stadtrats- und Kreistagsmitglieder sowie die beiden Abgeordneten Kay-Uwe Ziegler MdB und Gordon Köhler MdL, bei Veranstaltungen und Bürgersprechstunden viele Gespräche mit interessierten Bürgern führen.

Unser Büro ist immer dienstags von 14:00 bis 17:00 Uhr und donnerstag von 9:00 bis

12:00 Uhr geöffnet – kommen Sie einfach vorbei, lernen Sie Mitglieder und Mandatsträger der AfD kennen und informieren Sie sich über unsere Arbeit!

Natürlich möchte ich Sie auch auffordern, am 9. Juni zur Wahl zu gehen. Sie haben die Chance, die AfD in Zerbst und im Landkreis Anhalt-Bitterfeld zu stärken. Wir freuen uns, wenn wir uns weiter für Sie einsetzen können! Regional, bürgernah, gerecht!

Ihr Dirk Tischmeier
Fraktionsvorsitzender
im Stadtrat,
Mitglied im Kreistag,
Stv. Vorsitzender der
AfD Anhalt-Bitterfeld



Titelthema Kommunalwahl am 9. Juni: Ihre Kandidaten der AfD für die Wahl zum Stadtrat und zum Kreistag



Stärken Sie die Zerbster AfD im Stadtrat und im Kreistag: Ihre Kandidaten Sven-Erik Weber, Sebastian Willems, Winfried Schiller, Michael Hesse, Cornelia Hesse, Steffen Däubert, Dirk Tischmeier, Sven Schnabel, Guido Schenkendorf (von links nach rechts).

Unsere Liste für die Wahl zum Stadtrat Zerbst und zum Kreistag am 9. Juni:

1. **Dirk Tischmeier**
61 Jahre, Kaufmann
2. **Sven Schnabel**
50 Jahre, Verfahrensmechaniker
3. **Winfried Schiller**
65 Jahre, Dipl.-Ingenieur
4. **Sebastian Willems**
42 Jahre, Staatl. gepr. Techniker
5. **Sven-Erik Weber**
61 Jahre, Selbstständig
6. **Cornelia Hesse**
63 Jahre, Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin
7. **Guido Schenkendorf**
53 Jahre, Bildhauer
8. **Michael Hesse**
64 Jahre, Härtereifacharbeiter
9. **Steffen Däubert**
56 Jahre, Verkäufer
10. **Christina Weber**
68 Jahre, Leistungsprüferin

So geht's:

Wahl:

Bei jeder Wahl (für den Kreistag Anhalt-Bitterfeld, den Stadtrat Zerbst/Anhalt und für Ihren Ortschaftsrat) erhalten Sie je einen Stimmzettel. Sie haben jeweils 3 Stimmen, die sie entweder einem oder mehreren Kandidaten geben können. Vergeben Sie pro Stimmzettel nicht mehr als 3 Stimmen, sonst ist die Wahl ungültig!

Auszählung:

Die Auszählung der Stimmzettel ist öffentlich! Sie dürfen also im Wahllokal dabei sein, wenn Sie den Auszählvorgang nicht stören. Für die Sitzverteilung im jeweiligen Rat wird zuerst die Anzahl der Sitze für die Parteien/Wählergruppen über deren Gesamtergebnis ermittelt. Die Sitze erhalten dann die Kandidaten der Liste, die die meisten Stimmen erhalten haben.

So:

Alternative für Deutschland			
AfD			
Kandidat 1	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Oder so:

Alternative für Deutschland			
AfD			
Kandidat 1	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kandidat 2	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Oder so:

Alternative für Deutschland			
AfD			
Kandidat 1	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kandidat 2	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kandidat 3	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Unsere Kernpositionen aus dem Wahlprogramm zur Wahl des Kreistags Anhalt-Bitterfeld

- Errichtung der Elbebrücke zur Verbindung von Aken und Zerbst
- Mehr Transparenz durch namentliche Abstimmungen im Kreistag
- Aufzeichnung der Kreistagssitzungen und Veröffentlichung im Internet
- Kreisumlage senken, um Städten und Gemeinden die Senkung der Gewerbe- und Grundsteuern zu ermöglichen
- Bevorzugung regionaler Handwerker bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und Leistungen
- Bessere Koordinierung der Bauvorhaben zur Verhinderung einer Häufung von Sperrungen
- Zeitgemäße Kultur- und Museumsangebote mit Vergünstigungen für Familien mit Kindern
- Ehrenamt stärken: Einführung der Ehrenamtskarte mit Vergünstigungen
- Kinderbeauftragte statt Gleichstellungs- und Genderexperten
- Versiegelung stoppen – keine weiteren Solarparks auf Ackerflächen
- Ausbaustopp für Windkraftanlagen, da Abschaltungen und Netzentgelte den Strom verteuern
- Erhöhung der Budgets für die drei Tierheime im Kreis von 15.000 auf 100.000 Euro
- Verpflichtung der Asylbewerber zu gemeinnütziger Arbeit
- NEIN zum politischen Islam! Entziehung der Gemeinnützigkeit von Vereinen bei islamistischer Betätigung von Mitgliedern

Gehen Sie wählen!

Liebe Bürger in Zerbst,

haben Sie schon all die schönen Flyer der bunten Parteien gelesen und die Versprechungen auf den Plakaten gesehen? „Vereine, Ehrenamt und Sport stärken! Infrastruktur ausbauen und besseren ÖPNV! Sanierung von Kitas und Schulen!“

All das wollen wir auch, aber wir schenken Ihnen reinen Wein ein: Wenn die deutsche Politik so weiter macht, wird dafür schlicht kein Geld da sein. Die Höhe der Kreisumlage für Zerbst steigt ständig an. Gleichzeitig stellen die Landräte überall in Sachsen-Anhalt fest, dass die Landkreise unterfinanziert sind und ziehen vor das Bundesverfassungsgericht. Und trotzdem stimmen CDU, SPD, FDP, Grüne, Linke und FW im Kreistag GEGEN die Bezahlkarte für Asylbewerber. Gleiches gilt für die Aufklärung von Sozialmissbrauch durch Ukrainer, wie er in Nordhausen und im Ilmkreis aufgefliegen und bei uns auch zu vermuten ist.

Nichtsdestotrotz überbieten sich die Parteien in ihren Forderungen. Was alle Gruppierungen darüber hinaus eint: Der Appell an die Wähler, bloß die Bundes-

politik bei der Kommunalwahl rauszuhalten und Kommunales nicht mit der Bundespolitik zu vermischen.

DAS SEHEN WIR ANDERS!

Ein Land, das verrückte Sanktionen gegen einen wichtigen Handelspartner beschließt, das immer mehr Milliarden für Waffen ausgibt, Entwicklungshilfe für China, Indien und andere Länder zahlt und die zentralistische EU immer weiter mästet, hat kein Geld mehr für die Kommunen, wo wir Bürger wohnen. Erst wenn wir diese Spirale brechen, können wir Steuern senken und Kita-Gebühren abschaffen!

Die fehlgeschlagene Energiepolitik wird immer weiter befeuert. Allein in Sachsen-Anhalt wurden 2023 von Januar bis September 403 Millionen Kilowattstunden aus der Windkraft und 56 Millionen KWh aus der Photovoltaik abgeschaltet. Die Anlagen müssen jeweils wegen Überproduktion zwangsweise vom Netz genommen werden. In diesem Jahr mussten deutsche Energieunternehmen schon 500 Millionen Euro mehr für Import-Strom zahlen, als sie mit exportiertem Strom eingenommen haben. Für den Export muss sogar draufgezahlt werden!

Das alles belastet den Bundeshaushalt und über die EEG-Umlage zahlt jeder Bürger diesen Irrsinn mit!

Auch unsere Kommune muss dafür mehr aufwenden, denn sie ist natürlich auch Stromkunde. Wir wollen das nicht! Wir sagen: Photovoltaik aufs Dach, nicht auf den Acker und: KEINE HEIZUNG IST ILLEGAL! Moderne Öl- und Gasheizungen dürfen nicht verboten werden – gleiches gilt für nachhaltige Holzheizungen. Die kommunale Wärmeleitplanung muss das im Blick haben.

Unsere Dörfer umzingelt von 260m hohen Windrädern und das Ackerland zugebaut mit Photovoltaik? Das ist nicht unsere Vision von Zukunft!

Wir brauchen eine politische Wende in unserem Land, damit wieder Vernunft regiert. Dann können wir die Versprechen vor Ort einlösen und die Lebensqualität erhalten.

Wir sind davon überzeugt: Die politische Wende beginnt vor Ort. Stärken Sie uns daher mit Ihren Stimmen im Kreistag und im Stadtrat! Gehen Sie wählen!

Ihre AfD

Interview mit Dirk Tischmeier, Spitzenkandidaten der Zerbster AfD für den Stadtrat und den Kreistag



Dirk Tischmeier (links) mit den beiden Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch aus Berlin und Kay-Uwe Ziegler aus dem Wahlkreis Anhalt

StadtKurier: Herr Tischmeier, mit einem Ergebnis von 14,9 Prozent sind Sie 2019 zusammen mit 4 Kollegen in den Stadtrat eingezogen. Sie sind Fraktionsvorsitzender der fünfköpfigen Fraktion. Wenn Sie zurückblicken – wie beurteilen Sie die letzten fünf Jahre?

Tischmeier: Unsere Fraktion hat in den letzten fünf Jahren in den Ausschüssen und den Ratssitzungen eine ganze Menge konstruktive Anträge und Vorschläge zu den einzelnen Beschlussvorlagen eingebracht. Wir haben immer aktiv an der Ratsarbeit teilgenommen, was nicht immer einfach war und bis heute auch nicht einfach ist. Leider werden wir als AfD-Fraktion nämlich von einigen Stadtratskollegen regelrecht boykottiert. Das ist für die Demokratie nicht gut, aber auch nicht für unsere Stadt. Trotzdem konnten wir vielen Bürgern helfen, die sich direkt an uns Stadträte gewandt haben. So haben wir bei Problemen mit Behörden und Ämtern eingreifen und vermitteln können.

Aus meiner persönlichen Arbeit aus dem Kreistag kann ich positiv berichten, dass es hier etwas anders zugeht. Durch meine Zuarbeit in verschiedenen Ausschüssen und die persönlichen Gespräche mit dem Landrat konnte ich mit dazu beitragen, dass eine der schlechtesten Straßen im Landkreis, die Kreisstraße Leps-Eichholz, saniert wurde. Auch ein undichtes Dach einer Sporthalle konnte auf kurzem Weg sehr zeitnah repariert werden. Manchmal muss man die Probleme im Landkreis einfach ansprechen bei den zuständigen Abteilungen, dann geht es auch mal unbürokratisch.

StadtKurier: Gibt es Dinge, die Sie gern umgesetzt hätten, die aber nicht realisiert werden konnten? Haben Sie nicht erreichte Ziele aus den letzten 5 Jahren?

Tischmeier: Natürlich – sogar eine ganze Menge! Ich möchte ausdrücklich sprechen über einige Anträge, die meine Fraktion und ich in den Stadtrat eingebracht haben,

die sich unserer Meinung nach auch positiv auf Stadt, Land und Leute ausgewirkt hätten, die aber von den anderen Fraktionen abgelehnt wurden.

So haben wir einen Antrag auf Rederecht der Stadtratsmitglieder bei den Sitzungen der Ortschaftsräte gestellt, weil wir dazu beitragen wollten, die Ortschaften in Entscheidungen der Stadt mehr mit einzubeziehen, die Probleme vor Ort zu erfahren und Fragen zu beantworten. Es heißt immer, die Einheitsgemeinde Zerbst müsse zusammenwachsen. Es gibt keinen vernünftigen Grund, diesen Antrag abzulehnen.

Wir haben auch die namentliche Abstimmung bei wichtigen Beschlüssen gefordert, um für die Bürger Transparenz zu schaffen und Gesicht zu zeigen während der Ratsarbeit. Leider wurde auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir haben Vorschläge zur Stärkung des Ehrenamts gemacht, die die Ehrenordnung betreffen. Wir wollten eine kleine finanzielle Anerkennung für 25 oder 30 Jahre Ehrenamt anstatt nur einer Urkunde – leider fand auch dieser Antrag keine Mehrheit, obwohl die vielen Ehrenamtlichen so wichtige Arbeit für die Gemeinschaft leisten.

Wir wollten kostenlose Parkplätze für alle in der häuslichen Pflege Tätigen wie Mitarbeiter von Pflegediensten, Physiotherapien, Ergotherapien und so weiter. Hier stand nicht nur das Geld, sondern vor allem auch die Zeitersparnis der Mitarbeiter im Vordergrund unserer Überlegung, die sich dann den Weg zum Ticketautomaten und zurück zum Fahrzeug sparen sollten. Es ist wichtig, in diesem Job den Zeitdruck rausnehmen, denn das kommt den alten und kranken Menschen zugute.

StadtKurier: Lassen Sie uns über die Zukunft reden: Welches ist das drängendste Problem für die nächste Zeit in Zerbst?

Tischmeier: Eine der drängendsten Fragen ist die nach der finanziellen Ausstat-

tung der Kommunen. Nur mit einem ausreichenden Budget können wir Missstände beseitigen, unsere Infrastruktur ausbauen, die Straßen und die Radwege in Schuss halten sowie unsere Schulstandorte erhalten. Dazu muss die Kreisumlage sinken, um der Stadt mehr Spielräume zu ermöglichen.

Dem fortschreitenden Ärztemangel muss entgegengewirkt werden – hierzu haben wir übrigens auch einen Vorschlag gemacht, nämlich zu prüfen, ob wir als Stadt Anreize setzen können, dass sich Ärzte bei uns niederlassen.

Weiterhin ist uns wichtig, das Brauchtum und die Tradition, unsere Vereine und kulturelle Projekte mehr zu fördern. Dazu müssen seitens der Stadt unbedingt Brauchtumsmittel bereitgestellt werden, die es bisher nur für die Ortschaften gibt. Und wir halten fest an unserer Idee, den Ehrenamtli-

chen eine finanzielle Anerkennung nach 25 oder 30 Jahren zukommen zu lassen.

Dann möchten wir, dass Grünanlagen und Parks besser gepflegt und in Ordnung gehalten werden, was zu einem schöneren Erscheinungsbild der Einheitsgemeinde beitragen würde.

StadtKurier: Welche Chancen sehen Sie, Ihre Ideen in die Tat umzusetzen?

Tischmeier: Wir werden natürlich weiter konstruktive Vorschläge einbringen und Anträge stellen, die gut sind für unsere Stadt. Wir rechnen auch damit, dass die Blockadehaltung, die die anderen Fraktionen und vor allem auch der Bürgermeister uns gegenüber haben, nicht auf Dauer aufrechtzuerhalten ist. Wir und unsere Wähler erwarten in Zukunft mehr Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Sollte die AfD bei der Wahl signifikant an Zustimmung da-

zugewinnen, wird an einer Zusammenarbeit auch kein Weg vorbeigehen. Daher ist es wichtig, die AfD zu stärken – der Wählerwille muss letztlich akzeptiert werden. „Brandmauern“ sind demokratiefeindlich.

StadtKurier: Welche Bedeutung hat ein starkes Ergebnis in Zerbst für den Landkreis?

Tischmeier: Wir hoffen natürlich auch bei der Wahl für den Kreistag mit einer Steigerung des Ergebnisses. Bisher war ich der einzige Zerbster in der AfD-Fraktion. Die Kreistagsfraktion der AfD hat in der Vergangenheit viel bewegt, also möchte ich auch, dass die AfD Zerbst im Kreistag eine stärkere Stimme bekommt, wenn wir zwei oder drei Mandate im Kreistag gewinnen könnten. Dann würden wir auch unseren Initiativen im Stadtrat mehr Gewicht verleihen können.

StadtKurier: Vielen Dank.

MEHR TRANSPARENZ DURCH NAMENTLICHE ABSTIMMUNGEN IM STADTRAT UND IM KREISTAG

Wir sind für deutlich mehr Transparenz in der Kommunalpolitik. Dazu müssen alle Entscheidungsprozesse offengelegt werden. Die Ansichten der Fraktionen zu aktuellen Fragen sollten in den Amtsblättern abgedruckt, Rats- und Ausschusssitzungen sollen aufgezeichnet und im Internet übertragen werden.



BIG-Hotel für Flüchtlinge? Vier Millionen Schaden für den Steuerzahler

Gegen Ende des Jahres 2015 unterzeichnete der damalige Landrat Uwe Schulze (CDU) eigenmächtig – das heißt ohne Beteiligung des Kreistags – einen Vertrag über die Anmietung des BIG-Hotels in Wolfen für die Dauer von fünf Jahren für insgesamt etwa vier Millionen Euro. Zweck der Anmietung war die Unterbringung von 180 Flüchtlingen.

Die AfD-Fraktion im Kreistag beantragte sofort nach Bekanntwerden, also im Frühjahr 2016, die Kündigung des Vertrags, weil aus unserer Sicht eine Unterbringung von Flüchtlingen – also mehrheitlich alleinreisende junge Männer aus dem Nahen Osten oder Nordafrika – in diesem Wohngebiet abzulehnen ist.

Der Antrag wurde vom Vorsitzenden des Kreistages, Veit Wolpert (FDP), für unzulässig erklärt, der Kreistag stimmte gegen



Das BIG-Hotel liegt mitten in einem Wohngebiet in Wolfen und ist daher völlig ungeeignet als Unterkunft für Flüchtlinge.

die Aufnahme auf die Tagesordnung. Einige Monate später trat der Landrat dann aber vom Vertrag zurück und der Kreistag sollte die Suppe auslöffeln. Der Landkreis wurde nämlich vom Vermieter auf Schadenersatz verklagt. Vier Millionen Euro fielen der Kreiskasse und somit dem Steuerzahler zur Last. Der „Kommunale Scha-

densausgleich“ – eine Art Versicherung – wird für den Schaden nicht aufkommen.

Die AfD-Fraktion forderte daraufhin im Kreistag die persönliche Haftung des ehemaligen Landrates, der sich übrigens aktuell wieder für die CDU zur Wahl für den Kreistag stellt.

Ungenutzte Ressourcen aktivieren zum Nutzen der Stadt: Arbeitspflicht für Asylbewerber



Hier könnte Hand angelegt werden für ein gepflegtes Straßen- und Wegebild im gesamten Landkreis.

Kaputte Straßen, Fuß- und Radwege gibt es in Zerbst – wie im ganzen Land – genug. Natürlich möchte die AfD-Fraktion auch daran etwas ändern, denn unsere Stadt hat viel zu bieten und soll deshalb auch für Bürger und Besucher möglichst in jedem Winkel attraktiv sein.

In unserer Stadt leben auch viele Asylbewerber und Bürgergeldempfänger aus der Ukraine. Viele von ihnen arbeiten nicht, bekommen aber hier bei uns eine Unterkunft und weitere Zahlungen über das Jobcenter oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Da Integration am schnellsten über Arbeit funktioniert und weil die Akzeptanz der Bürger für die Anwesenheit und Versorgung dieser Migranten dadurch steigen würde, wird die AfD-Fraktion auf einer der nächsten Sitzungen des Stadtrates eine Arbeitspflicht für Asylbewerber und Flüchtlinge beantragen. Konkret soll der Landkreis ein Konzept für Arbeitsgelegenheiten für erwerbsfähige Leistungsberechtigte von Bürgergeld und Asylleistungen aufstellen. Damit wäre es ohne große Probleme möglich, diese Personen etwa in Zusammenarbeit mit dem Bauhof wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft leisten zu lassen.

Wie im Stadtrat darüber diskutiert und abgestimmt wird, erfahren Sie über unsere Kanäle (Facebook, Telegram etc.). Die Adressen finden Sie auf der Rückseite.

Knapp 5 Euro Gebühr für Bargeld am Schalter!

Am 16. Februar 2024 beantwortete die Landesregierung eine kleine Anfrage unseres Landtagsabgeordneten Daniel Roi. Der wollte wissen, welche Sparkassen in Sachsen-Anhalt bereits Gebühren für das Abheben von Bargeld am Geldautomaten bzw. am Schalter berechnen und ob bzw. wie sich diese Gebühren im Jahr 2024 erhöhen.

Die Anfrage sollte beleuchten, inwieweit die Sparkassen sich dabei beteiligen, Bargeld systematisch unattraktiver zu machen. Erst waren im Zuge der Corona-Maßnahmen die Automaten nur noch eingeschränkt nutzbar. Dann folgte die Energiekrise und man schränkte den Zugang zu Filialen mit Geldautomaten weiter ein, um Energie zu sparen. Aktuell wird mit der Sicherheitslage argumentiert: Man habe Angst vor Sprengungen und lasse daher den Zugang zu Automaten in den Nachtstunden geschlossen.

Jetzt wird das Abheben von Bargeld an Automaten und am Schalter schrittweise verteuert. Den unruhlichen Anfang macht hier die Kreissparkasse Anhalt-Bitterfeld.

Sie argumentiert mit gestiegenen Personalkosten und dem Aufwand.

Daniel Roi sagt dazu: „Die Sparkassen haben den öffentlich-rechtlichen Auftrag, die Bevölkerung mit Bargeld zu versorgen. Daher habe ich für das Aufrufen von Gebühren für die Auszahlung am Schalter kein Verständnis. Die Erhöhung trifft vor allem unsere Rentner, die sehr oft die Schalter nutzen, um Geld abzuheben. In Anhalt-Bitterfeld sollen ab dem 1. Juli 2024 alle Kunden am Schalter knapp 5 Euro zahlen müssen. Das ist ein Unding und vollkommen unsozial.“

Tatsächlich offenbart die Antwort der Landesregierung auf die Anfrage des Abgeordneten, dass nur die Sparkasse Anhalt-Bitterfeld für neue Konten seit dem 1. Januar 2024 je nach Kontomodell zwischen 25 Cent und einem Euro für eine Abhebung am Automaten und sage und schreibe 4,95 Euro für die Abhebung am Schalter berechnet. Im Laufe des Jahres werden auch Bestandskonten dieser Gebührenordnung unterworfen. Die anderen Sparkassen verzichten auf

diese Gebühr oder sie fällt deutlich niedriger aus. Wie der regionale Unterschied zustandekommt, geht aus der Antwort auf die Anfrage allerdings nicht hervor.

Der Verwaltungsrat ist übrigens mehrheitlich durch Vertreter der Fraktionen CDU/FDP und SPD/Grüne besetzt. Auch der Zerbster Bürgermeister Andreas Dittmann (SPD) sitzt dort drin. Damit wissen die Bürger jetzt, wem sie diese Erhöhung zu verdanken haben.



Bargeldabhebungen am Schalter der Sparkassen sind in Anhalt-Bitterfeld ein teurer Spaß.

**BARGELD
IST FREIHEIT!**

Die AfD setzt sich für den Erhalt des Bargeldes ein. Wir lehnen jede Art der Einschränkung oder Verteuerung entschieden ab und fordern die Rücknahme der Gebühren für die Bargeldabhebung bei der Kreissparkasse Anhalt-Bitterfeld.



Oberbürgermeisterwahl in Bitterfeld-Wolfen: Einspruch und Klage – Wie geht es weiter?

Am 24. September 2023 fand in Bitterfeld-Wolfen die Oberbürgermeisterwahl statt. Beinahe wäre in der größten Stadt in unserem Landkreis ein AfD-Kandidat gewählt worden – jedenfalls sah es nach der Wahl so aus, als ob Henning Dornack die Stichwahl zwei Wochen später gewinnen könnte, denn er hatte mit knapp 34 Prozent die meisten Stimmen erhalten – der zweitplatzierte Amtsinhaber lag bei ca. 29 Prozent. Aber überraschend stand das Ergebnis am späten Abend des 8. Oktober fest: Armin Schenk konnte sein Amt verteidigen und war mit 53,8 Prozent gewählt.



Henning Dornack beim Oberbürgermeister-Wahlkampf 2024: Der Wechsel in Bitterfeld-Wolfen war greifbar.

Was für viele unerwartet kam, hatte sich in den zwei Wochen zwischen dem ersten und dem zweiten Wahltermin schon angekündigt: Schenk hatte seine Wahlkampfaktivitäten intensiviert und vor allem auch auf Veranstaltungen in Alten-, Pflege- und Behindertenheimen konzentriert. Nachdem die Ergebnisse veröffentlicht wurden, war sodann auch ein Anstieg der Briefwahlstimmen zugunsten von Schenk um über 60 Prozent im Vergleich zum ersten Wahlgang zu verzeichnen. Ein Grund für ein Mitglied der AfD im Stadtverband, sich mit den Dingen etwas genauer zu beschäftigen. Das wiederum führte dazu, dass am 24. November beim Stadtwahlleiter von Bitterfeld-Wolfen Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl eingereicht wurde. Darin wird zum einen die Unzulässigkeit der Nutzung kommunaler Ressourcen durch den Oberbürgermeister und seine Mitarbeiter kritisiert. So hatte Schenk mutmaßlich durch städtische Bedienstete Termine in sämtlichen Betreuungsein-

richtungen festlegen lassen, die er dann besuchte. Auf eine ähnliche Weise wurden auch bereits vor dem ersten Wahlgang alle sieben Ortsfeuerwehren besucht, in denen als kommunale Einrichtungen eigentlich kein Wahlkampf gemacht werden darf.

Zum anderen wird darauf hingewiesen, dass es signifikante Auffälligkeiten im Briefwahlergebnis der Stichwahl gab, nämlich die bereits erwähnte sprunghafte Steigerung der Zahl der Briefwähler zugunsten von Schenk und die untypische Verteilung auf die beiden Kandidaten. In seiner Sitzung am 10. Januar 2024 erklärte der Stadtrat die Wahl in einer Abstimmung trotzdem knapp für gültig, woraufhin der Einspruchsführer Klage beim Verwaltungsgericht Halle einreichte.

Ein schnelles Ergebnis ist hier natürlich nicht zu erwarten, aber wir dürfen nicht

ganz ohne Grund damit rechnen, dass es dazu kommen könnte, dass die Oberbürgermeisterwahl wiederholt werden muss. Denn die Verstöße, die der alte und neue Oberbürgermeister im Wahlkampf begangen hat, haben Folgen: In der Sitzung am 27. Februar 2024 wurde ein Beschlussantrag verabschiedet für ein Disziplinarverfahren gegen OB Schenk wegen Verfehlungen im Wahlkampf. Insbesondere die Wahlkampf-Auftritte in allen Ortsfeuerwehren unter Missbrauch seiner Amtsfunktion sollen hier untersucht werden, und die Kommunalaufsicht prüft, ob Verwaltungsmitarbeiter mit Ressourcen der Stadt illegal Wahlkampf gemacht haben.

Dieses Verfahren läuft, wird sich aber wahrscheinlich auch mehrere Monate hinziehen, weshalb sich die Bürger, die den Wechsel im Rathaus gern gesehen hätten, noch werden gedulden müssen.

Oberbürgermeisterwahl Bitterfeld-Wolfen, Ergebnis der Stichwahl (Henning Dornack / Armin Schenk) am 8. Oktober 2023

Ergebnis Urnenstimmen

51,1 %

48,9 %

H. Dornack
5.939 Stimmen

A. Schenk
5.676 Stimmen

Ergebnis Briefwahl

30,5 %

69,5 %

H. Dornack
1.121 Stimmen

A. Schenk
2.553 Stimmen

Gesamtergebnis

46,2 %

53,8 %

H. Dornack
7.060 Stimmen

A. Schenk
8.229 Stimmen

Interview mit Hannes Loth: Der erste hauptamtliche AfD-Bürgermeister Deutschlands im Gespräch



Der erste hauptamtliche Bürgermeister der AfD kommt aus Raguhn-Jeßnitz: Hannes Loth.

StadtKurier: Herr Loth, am 2. Juli 2023 fand die Stichwahl gegen Nils Naumann um das Amt des Bürgermeisters von Raguhn-Jeßnitz statt. Mit 51,13 Prozent konnten Sie diese für sich entscheiden. Seitdem hat die erste deutsche Stadt einen AfD-Bürgermeister. Was waren Ihre ersten Gedanken?

Loth: Ich habe sofort eine große Dankbarkeit gespürt. Ich war natürlich meiner Frau extrem dankbar für die Unterstützung, meinem Team, das mit mir zusammen gekämpft hat, aber besonders auch den Raguhn-Jeßnitzern, dass sie mir trotz der vielen Warnungen vor der bösen AfD ihre Stimme gegeben haben. Offenbar haben die Bürger unserer Stadt mehr Vertrauen in meine Fähigkeiten als Bürgermeister als in die Warnungen und Verleumdungen, die es im Vorfeld ja auch schon gab. Über die Falschdarstellungen, die wenige Wochen danach durch die Medien gingen, habe ich mich ja schon nicht mehr gewundert.

StadtKurier: Sie sprechen von der Pressekampagne, die ihren Ursprung in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung am 11. Oktober 2023 nahm?

Loth: Genau. In dem Artikel wurden eine ganze Menge Halb- und Unwahrheiten

formuliert, Wichtiges wurde weggelassen, die Dinge wurden nicht nachrecherchiert, man hat mir einfach nicht zugehört. Danach wurde das von unzähligen Medien in allen möglichen Formaten, Zeitungen, TikToks, Facebook- oder Instagram-Kacheln wiedergegeben und stellenweise noch weiter verfälscht.

Es war schon krass zu sehen, dass die gesamte Journaille des Landes offenbar denkt, dass man als frisch gewählter Bürgermeister alle Wahlziele, die man sich für eine siebenjährige Amtszeit vorgenommen hat, in 90 Tagen umsetzen kann. Ich war stellenweise echt sauer. Empörend ist, dass angebliche Journalisten keine Ahnung von Zuständigkeiten und Gesetzen sowie der Verfassung zu haben scheinen. Immer wieder wurde geschrieben, „Der Bürgermeister hat beschlossen ...“ – das ist ja der größte Unfug, denn in einer Demokratie entscheiden die Räte. Das könnte man in den Redaktionsstuben auch schon mal gehört haben.

StadtKurier: Wie war das für die Mitarbeiter der Verwaltung?

Loth: Ich denke, viele haben die Kampagne mitbekommen und sich dieselben Fragen gestellt wie ich. Letztendlich werden weder Stadträte noch Mitarbeiter der Verwaltung

künftig gerne mit der Presse reden, denn auch von Ihnen wurden Aussagen verkürzt und stellenweise falsch wiedergeben. Das Vertrauen in die sogenannte vierte Gewalt ist jedenfalls nicht gewachsen.

StadtKurier: Sie haben einen Anwalt beauftragt, gegen verschiedene Medien vorzugehen. Wie ist da der Stand?

Loth: Ich wollte, dass sich sofort ein Profi darum kümmert, denn nach allem, was ich auch im Wahlkampf schon gewohnt war und was andere Mandatsträger der AfD erfahren haben, habe ich nicht darauf gehofft, dass die Presse ihre Aussagen richtigstellt, nur weil ich sie darum bitte. Der MDR hat sich nach dem Schreiben meines Rechtsanwalts von allein berichtigt. Eine Richtigstellung erfolgte auch bei Radio Brocken, bei T-Online und der Funke Mediengruppe. Mit der Süddeutschen Zeitung gehen wir in den kommenden Monaten noch vor Gericht, denn dort ist bisher kein Einlenken erfolgt. Unser Schriftsatz ist bereits eingegangen, wir warten auf den Schriftsatz der Gegenseite.

StadtKurier: Unter anderem wurde Ihnen ja vorgeworfen, nicht umzusetzen, was Sie im Wahlkampf versprochen haben. Aber gehen wir die Dinge doch mal durch, was haben Sie umgesetzt?

Loth: In den ersten 200 Tagen meiner Amtszeit ist da schon etwas zusammengekommen: Ich habe innerhalb von zwei Monaten den Haushalt für das Jahr 2024 erarbeitet. Gleichzeitig habe ich die Aufarbeitung der Jahresabschlüsse intensiviert. Die Ausgabenanalyse, die ich noch in meiner Zeit als Stadtrat beantragt hatte, liegt beim Finanzministerium vor und wird mir in Kürze zugestellt. Gebäude der FFW an vier Standorten wurden saniert und ein weiteres Feuerwehrgebäude ist im Bau, auch habe ich eine neue Sirene geplant. Ich bin mit einigen Investoren im Gespräch, die in Raguhn-Jeßnitz investieren wollen. Wichtige Entscheidungen hierzu werden in den nächsten Wochen fallen. Ich habe mehrere Straßen instandsetzen lassen. Die Kommunikation der Verwaltung mit den Bürgern wurde verbessert.

StadtKurier: Ein Wahlversprechen von Ihnen war, die Stadt für Investoren attraktiver zu machen. Die Gewerbesteuer wurde aber mit Ihrer Zustimmung bzw. ohne Ihre Gegenstimme erhöht.

Loth: Es gibt viele Faktoren, die einen Standort für Gewerbetreibende attraktiv machen. Die spiegeln sich in meinem

5-Punkte-Plan für Raguhn-Jeßnitz. Ich habe direkt nach meiner Wahl begonnen, diese Punkte in konkrete Politik umzusetzen. Inzwischen bin ich mit insgesamt vier Investoren aus den Bereichen Metallbau, Lager und Versand sowie Lebensmittelproduktion im Gespräch und befinde mich mit ihnen in Verhandlung. In Raguhn-Jeßnitz ist der Gewerbesteuerhebesatz trotz einer geringen Steigerung bei 350. In der Nachbarstadt Bitterfeld-Wolfen ist er bei 400, in Zerbst 380.

StadtKurier: Aber die Kita-Gebühr wurde in Ihrer Amtszeit erhöht, obwohl Sie sich im Wahlkampf gegen jede Erhöhung ausgesprochen haben. Ist das kein Widerspruch?

Loth: Ein Versprechen, dass Kita-Gebühren nicht steigen, kann kein Bürgermeister geben, da die Kommune das nicht entscheidet. Auch ich habe dieses Versprechen nicht gegeben, vertrete aber sehr wohl die Meinung, dass der Besuch einer Kita überall in Sachsen-Anhalt kostenlos sein sollte. Für Raguhn-Jeßnitz bedeutet das, eine Erhöhung der Kita-Beiträge um 60 %, wie aus der Verwaltung vorgeschlagen wurde, abzulehnen. Bereits in der ersten Sitzung

des Sozialausschuss habe ich dem also als Bürgermeister widersprochen. In einer Beratung mit dem Stadtelternrat wenige Tage später empfahl ich stattdessen, keine Erhöhungen vorzunehmen. Trotzdem hat der Stadtelternrat eine Steigerung der Beiträge um 20 Euro vorgeschlagen. Dem sind die Ausschüsse schließlich gefolgt.

StadtKurier: Diese Schilderung unterscheidet sich ja stark von der Darstellung in den Medien. Dort war überall zu lesen, Sie hätten kostenlose Kitas versprochen, aber nach Amstantritt sofort die Gebühren erhöht.

Loth: Ich sage ja, bei den Berichten handelt es sich um eine reine Pressekampagne. Und ich werde Berichten, die nicht der Wahrheit entsprechen, konsequent mit anwaltlicher Hilfe entgegentreten. Was mich auch sehr irritiert, ist die Ideenlosigkeit der deutschen Presselandschaft, die durch die Sache sichtbar wurde. Der Atrikel der SZ wurde in regionale Zeitungen und überregionale Medien übernommen, ohne dass die Redakteure selbst recherchiert hätten. Ich hätte das nicht für möglich gehalten.

Heute ist mir bewusst geworden, was der Satz bedeutet: „Wer Zeitung liest, weiß nicht, was in der Welt passiert, er weiß bloß, was in der Zeitung steht.“

StadtKurier: Was sind Ihre weiteren Pläne für die Stadt Raguhn-Jeßnitz, womit können die Bürger rechnen?

Loth: Wir werden unsere Infrastruktur weiter verbessern. Dazu gehören auch die ärztliche Versorgung und die Einrichtungen für Bildung inklusive Kinderbetreuung. Die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern liegt mir noch am Herzen, auch damit die Bürger von Raguhn-Jeßnitz sich nicht durch sinnverstellende Medienkampagnen von außen aufhetzen lassen. Ich beabsichtige auch, die Pfändung von GEZ-Gebühren durch die Verwaltung einzustellen.

StadtKurier: Vielen Dank.



2. Juli 2023: Das Ergebnis steht fest, der anstrengende Wahlkampf hat sich gelohnt.

SPD: Was sie sagen und was sie (stattdessen) tun ...

Liebe Leser,
liebe Wähler von Schwarz und Rot,

vielleicht haben Sie mitbekommen, dass Vertreter von SPD und CDU in den letzten Tagen laut tönen, sie seien für die Verschiebung der Frist zur Vorlage eines Haushaltsabschlusses 2023 zur Bewilligung des Haushalts 2025 für die Kommunen. Die können das nämlich in der von der Landesregierung angesetzten Frist niemals aufholen, was zu großem Unmut geführt hatte, drohen die Kommunen doch in die vorläufige Haushaltsführung zu rutschen mit allen negativen Folgen für anstehende Projekte.

Der Zerbstler Bürgermeister Andreas Dittmann (SPD), der auch der Vorsitzende des

Städte- und Gemeindebundes ist, Landrat Andy Grabner (CDU) und viele Bürgermeister aus Anhalt-Bitterfeld schlugen Alarm, wollten gar gegen die eigene Landesregierung klagen!

Und was geschah gerade im Landtag? Die Linke hatte beantragt, wonach sich alle sehen: die Verlängerung der genannten Frist. Wir, die AfD, haben zugestimmt, die Fraktion der Grünen auch. Aber was taten SPD und CDU? Holger Hövelmann (SPD) verlies den Plenarsaal kurz vor der Abstimmung und Dietmar Krause (CDU) stimmte mit „Nein“, obwohl beide am 15.04. in der Volksstimmte für die Verschiebung warben!

Stark für Zerbst/Anhalt? Wohl kaum ...



Hövelmann und Dittmann: Der eine schafft im Landtag Regeln, der andere will dagegen klagen.

Deshalb:

**Am 9. Juni:
AfD wählen!**

**WÄHLEN GEHEN!
ALLE STIMMEN AfD**

✗ ✗ ✗ KREISTAG UND STADTRAT

AfD

✉ abi@afd-lsa.de

🌐 afd-anhalt-bitterfeld.de

✖ x.com/AfD_KV_ABI

☎ 03493 3397766

📘 facebook.com/AfD.ABI

📌 t.me/afd_Anhalt_Bitterfeld

**Kreisverband
Anhalt-Bitterfeld**